

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Berthold Rüth

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Eva Gottstein

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Margit Wild

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und
Unterrichtswesen (Drs. 18/5860)
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten, wobei sich die Redezeit der Staatsregierung an der Redezeit der stärksten Fraktion orientiert. Falls wir die Aussprache nicht bis 20:00 Uhr schaffen, können wir nicht mehr in die Abstimmung eintreten, sodass wir die Abstimmung wahrscheinlich morgen früh als Erstes durchführen werden. Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner darf ich Herrn Kollegen Berthold Rüth von der CSU aufrufen. Bitte schön, Herr Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Zweite Lesung eines Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen. Dieser Gesetzentwurf wurde am 6. Februar hier eingebracht und vorgestellt. Er wurde im Bildungsausschuss, dem federführenden Ausschuss sowie im Rechts- und Verfassungsausschuss diskutiert und breit erörtert. Beide Ausschüsse haben diesem Gesetzentwurf in großem Maße zugestimmt. Insofern, Herr Präsident, werde ich es sehr kurz machen, damit wir heute auf jeden Fall noch über diesen Gesetzentwurf abstimmen können.

Eine Änderung hat sich im Verlauf des Beratungsprozesses ergeben. Sie zielt darauf ab, das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern und explizit im Gesetz zu verankern. Der Artikel 37 wird dazu ergänzt. Dort heißt es künftig: Die zuständige Grundschule führt einen Vorkurs Deutsch gemeinsam mit den Kindertageseinrichtungen in

ihrem Sprengel durch. – Ich denke, diese Festlegung ist nötig, weil wir alle wissen, dass der Spracherwerb in jungen Jahren sehr wichtig ist.

Im Prinzip geht es in dem Gesetzentwurf um die Frage: Wie organisiert Bayern sein Schulsystem? Wollen wir ein langes gemeinsames Lernen, eine Art Gemeinschaftsschule oder eine Art Gesamtschule, oder wollen wir ein System, wie wir es in Bayern haben, das sehr individualisiert ist und in dem es eine Differenzierung gibt? – In diesem System haben die Schülerinnen und Schüler sehr viel Freiheit, wir gewähren damit Chancengleichheit. Jeder Schüler erhält darin die bestmögliche Bildung und hat eine große Auswahl an Schularten. Wir haben verschiedene Bildungswege. Entscheidend ist – das wurde uns von den IQB-Studien immer wieder bestätigt –, dass eine Durchlässigkeit besteht und unsere Systeme nicht in der Sackgasse enden. Unser System ist sehr flexibel und durchlässig. Unser Gesetzentwurf führt diesen Weg weiter.

Erstens. Wir beschließen, dass Wirtschaftsschulen schon ab der 6. Jahrgangsstufe beginnen. Sie alle wissen, die Absolventen der Wirtschaftsschulen sind in der Industrie sehr gefragt. Wir müssen aber aufpassen, dass unsere Mittelschulen im ländlichen Raum nicht geschwächt werden, wenn sehr viele Leute an die Wirtschaftsschulen gehen. Nach Auskunft des Kultusministeriums gibt es hier bisher noch keine messbaren Auswirkungen. Daher bin ich optimistisch, dass sowohl die Wirtschaftsschulen gestärkt als auch die Mittelschulen auf dem flachen Land erhalten werden können.

Zweitens. Umschüler und nicht mehr berufsschulpflichtige Personen werden gleichgestellt. Das bedeutet, sie müssen sich vor allem im fachlichen und allgemeinen Unterricht mit dem gleichen Stoff beschäftigen. Dabei geht es speziell um die Fächer Deutsch und Mathematik. Hier werden künftig alle gleichgestellt.

Drittens. An den Mittelschulen werden ab den Jahrgangsstufen 5 und 6 Vorkurse zur Vorbereitung auf die Mittlere-Reife-Kurse ab der 7. Klasse ermöglicht. Dazu läuft zum

Schuljahresende ein Schulversuch aus. Ab dem kommenden Schuljahr wird es möglich sein, dieses Förderangebot optional zu errichten.

Viertens. Die Verwaltungsarbeit soll durch die Nutzung eines staatlichen Schulkontos erleichtert werden. Momentan werden beispielsweise bei einer Kanufahrt oder einer Abschlussfahrt Elternbeiträge oder Beiträge von schon volljährigen Schülern entrichtet. Dieses Geld kann auf das staatliche Schulkonto eingezahlt und dort verwaltet werden.

Meine Damen und Herren, da die Zeit drängt und wir in den Ausschüssen immer klare Voten hatten, möchte ich Sie bitten, dem Gesetzentwurf zuzustimmen; denn er entwickelt unser gutes bayerisches Schulsystem weiter. Ich sage Danke an den Kultusminister und allen, die daran mitgewirkt haben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der von der Regierung vorgelegten Gesetzesänderung geht es – wir haben es gerade gehört – im Wesentlichen um vier Anpassungen im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen.

Eine wichtige Änderung in diesem Gesetzentwurf ist die Einführung einer sechsten Klassenstufe an Wirtschaftsschulen. Seit Beginn der letzten Legislatur gab es dazu einen Modellversuch, dem wir GRÜNE auch zugestimmt haben. Zum Modellversuch gibt es einen Bericht des ISB, dessen Einsicht uns Abgeordneten verwehrt worden ist. Ich möchte an dieser noch einmal ansprechen, dass es natürlich Wege gegeben hätte, diesen Original-Bericht den Mitgliedern des Bildungsausschusses vorzulegen. Diese Art von exklusivem Herrschaftswissen geht in diesen Zeiten überhaupt nicht, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir forderten unter anderem einen Zwischenbericht zur Frage, ob diese Maßnahmen den Wirtschaftsschulen mehr Schülerinnen und Schüler brächten. Die Staatsregierung muss auch die Öffnung nach der Grundschule ermöglichen, wenn diese Schulart langfristig Bestandteil unseres Schulsystems bleiben soll. Hier müssen wir aber einen Blick auf den Schülerinnen- und Schülerrückgang haben. Bereits jetzt findet langsam und leise ein Ausdünnen der Mittelschullandschaft statt. In den letzten fünf Jahren schlossen in Bayern 71 Schulen und 15 Verbände. An manchen Standorten gibt es eine starke Konkurrenz zwischen Wirtschafts- und Mittelschulen. Es wird um jede Schülerin und jeden Schüler gekämpft. Der Staatsregierung muss klar sein, dass eine Stärkung der Wirtschaftsschulen auch Auswirkungen auf örtliche Mittelschulen haben kann.

Die zweite Änderung betrifft die Einrichtung der Mittleren-Reife-Kurse in den fünften und sechsten Klassen an Mittelschulen. Wir unterstützen diese Kurse grundsätzlich, weil sie den Schülerinnen und Schülern den Einstieg in den M-Zug ab der siebten Klasse erleichtern. Wenn es Ihnen von der Regierung mit dieser wirklich guten Maßnahme ernst wäre, hätten Sie auch gleich die entsprechenden Lehrerstunden und Stellen im Haushalt hinterlegt. Ich hoffe nicht, dass Sie den Lehrerinnen und Lehrern eine zusätzliche Aufgabe durch die Hintertür ohne entsprechenden Ausgleich aufbürden. Das Schaffen zusätzlicher Kapazitäten für ein solches Angebot ist eindeutig Ihr Job, verehrter Herr Minister!

Drittens bringt die Gesetzesänderung in Artikel 40 BayEUG bringt eine sprachliche Klarstellung zur Gleichstellung aller Berufsschülerinnen und Berufsschüler. In der Praxis sind sie schon gleichgestellt; insofern wird eine redaktionelle Änderung nachgeholt.

Die vierte Änderung betrifft die Anpassung der finanziellen Abwicklung. Wir haben es auch schon gehört. Sie ermöglicht, dass Gebühren und sonstige Geldbeträge, wie zum Beispiel für Klassenfahrten, auf ein Schulkonto überwiesen werden. Ich möchte

der Staatsregierung mit auf den Weg geben: Eine solche Kontoeinrichtung ist auch für die Elternbeiräte notwendig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gesetzesänderungen, die wir heute in der Zweiten Lesung besprechen und denen wir GRÜNE zustimmen, sind notwendige formale Anpassungen. Wir GRÜNE wundern uns aber bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfes schon über die Setzung der Prioritäten des Ministers. Anstelle dieses Gesetzentwurfs hätten wir uns gewünscht, dass Sie die Unterrichtsversorgung schon vor dem vorausgesagten Lehrermangel angegangen wären ebenso wie die digitale Bildung, deren lange und sträfliche Vernachlässigung durch Corona deutlich zutage tritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Minister, nicht nur wir, sondern die gesamte Schulfamilie hofft, dass Sie bald Antworten auf die brennenden Probleme unserer Schulen haben werden und, dass diese zeitnah zu uns in dieses Parlament kommen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Als nächste Rednerin rufe ich Frau Eva Gottstein von der Fraktion FREIE WÄHLER auf.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe noch anwesende Herren Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf behandelt eine Reihe bildungspolitischer Fragen. Sie wurden vom Kollegen Rüth ausführlich dargestellt. Es geht um Änderungen, die unserer Meinung nach sehr sinnvoll und notwendig sind. Gerade die Wirtschafts- und Mittelschulen sehen wir völlig anders als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie sind für uns FREIE WÄHLER erfreulich. Hier werden bildungspolitische Ziele umgesetzt, die uns am Herzen liegen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass alle Schularten gleichberechtigt gefördert und kontinuierlich weiterent-

wickelt werden müssen. Jeder Schüler soll eine Schule nach seiner Eignung und Begabung besuchen können. Mit dieser Gesetzesinitiative sind wir deswegen nach wie vor auf dem richtigen Weg und verbessern einiges; auch wenn es wie bei dem Schulkonto teilweise Kleinigkeiten sind.

Genauso wichtig ist uns die sprachliche Frühförderung, die ebenfalls in dem Gesetzentwurf enthalten ist. Dass das Ergebnis der Sprachstandserhebung künftig unmittelbar im Anschluss an das Sprach- und Sprech-Screening an die aufnehmende Grundschule übermittelt wird, wird sicherlich zu einem frühestmöglichen Angebot notwendiger, besonderer Förderungsmaßnahmen beitragen. Unseres bisheriges Erziehungs- und Unterrichtsgesetz wird gut ergänzt. Deswegen kann man nur zustimmen. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun den Abgeordneten Markus Bayerbach von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen ist nicht der große Wurf. Es wälzt auch nichts grundlegend um, aber es dreht zumindest an ein paar Stellschrauben, was dringend notwendig war. Es bringt gezielte Verbesserungen im Detail für Wirtschaftsschulen, Mittelschulen, Lehrer und für Schüler. Vor allem für die Schüler freut mich das ganz besonders; diese gehören zu den Leistungsträgern. Meistens machen wir uns über diejenigen Gedanken, die Probleme haben.

Die sprachliche Frühförderung ist schön; es gibt sie schon seit ein paar Jahren. Das passt gerade natürlich nicht zu den Schlagzeilen, dass man Abitur ohne das Fach Deutsch machen kann, was ich persönlich sehr bedauere.

Die Möglichkeiten von M5 und M6 in der Mittelschule – übrigens nicht verpflichtend, was ich eine ganz wichtige Äußerung dazu finde – stärken die Mittelschule besonders im Niveau; sie sorgen aber auch dafür, dass gerade die Schülerzahlen an Schulen im ländlichen Raum gehalten werden können. So mancher Schulstandort wird damit gesichert. Das sogenannte Übertrittsabitur sorgt auch für eine gewisse Entzerrung. Der Druck auf viele Schüler wird nicht mehr so groß werden; dieser ist mit Blick auf den Leidensdruck vieler Schüler nicht unbedingt immer so spaßig.

Bei der Deutsch-, Mathe- und Englischförderung sehe ich das einzige Problem. Wo nehmen Sie die Lehrer her? Wir haben weder Lehrer noch Förderlehrer im Übermaß. Da stellt sich die Frage: Haben wir das Personal auf dem Papier oder kriegen wir das auch in der Realität? – Daran werden wir Sie die nächsten Jahre messen müssen.

Wir begrüßen auch die Stärkung der Wirtschaftsschulen, da wir ganz klar zum gegliederten Bildungssystem stehen. Diese wären ohne die sechste Klasse in arge Nöte gekommen. Allerdings ist zu ergänzen: Das kann nur ein erster Schritt sein; die fünften Klassen werden folgen müssen. Aber diese Schulart hat es wirklich verdient. Es gibt keine andere Schulart, die derart praktisch ausgerichtet ist und so spezialisiert ist. Ich finde, sie ist eine ganz tolle Ergänzung unseres Schulsystems.

Die Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben für Lehrer ist ein richtiger, überfälliger Schritt. – Na ja, okay, ein Schrittchen. Da gibt es natürlich noch eine Menge zu tun. Wir haben jetzt vielleicht ein Promille von dem, was man an Verwaltungsaufgaben weglassen könnte. Ganz ehrlich: Es war wirklich ein Skandal, wie Lehrer finanzielle Transaktionen machen und fast schon in Mafia-Manier mit einem Geldkofferchen über die Gänge schleichen mussten. Das Konto war natürlich mehr als überfällig. Es wird Zeit, unsere Lehrer ganz dringend von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Lehrer wollen nämlich nicht verwalten, Lehrer wollen unterrichten und Lehrer sollen unterrichten.

Artikel 40 mit der sprachlichen Klarstellung zu Berufsschülern und Umschülern würde ich unter redaktionellen Punkten abhandeln. Alles in allem sind das ein paar nette

Stellschrauben. Dem Gesetzentwurf kann man zustimmen. Ich hoffe, den Worten werden auch die Taten folgen, gerade bei der M 5 und der M 6.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Für die SPD-Fraktion rufe ich die Abgeordnete Margit Wild auf.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon angesprochen, dass es eine große Zustimmung gibt, wenngleich auch immer Kritik geäußert worden ist. Auch wir von der SPD werden diesem Gesetzentwurf zustimmen, weil die meisten Änderungen unstrittig und technisch ganz einfach notwendig sind. Positiv finde ich die Sprachförderung, weil sie, je früher sie ansetzt, umso besser und umso erfolgreicher ist. Das ist in gewisser Weise auch die Basis für den weiteren Schulerfolg.

Bei der zweiten Änderung möchte ich natürlich in keiner Weise von Mafia sprechen. Ich denke, dass ein Lehrer ein Pädagoge ist, nicht der Kassierer. Insofern ist diese Änderung auch einfach absolut notwendig und sinnvoll. Dass man Umschüler, die nicht mehr im berufsschulpflichtigen Alter sind, mit den Berufsschülern gleichstellt und mit den gleichen Rechten und Pflichten versieht, ist auch einfach absolut notwendig.

Zwei Punkte möchte ich dennoch herausgreifen, und zwar zum einen die Einführung des M-Zuges bereits ab der sechsten Jahrgangsstufe. Hier soll die Förderung in Deutsch, Englisch und Mathematik stattfinden, um die besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schüler besser vorzubereiten. Wir sagen ganz einfach: Jeder Schüler und jede Schülerin an der Mittelschule hat das Recht darauf, und es gibt die Pflicht, sie entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen zu fördern. Das ist das erste Postulat, das ist festhalte.

Zum zweiten stelle ich die Frage, mit welchen Lehrkräften Sie das denn machen wollen; denn es ist auch angekündigt, von September bis Dezember des kommenden

Schuljahres eine Förderung für Schülerinnen und Schüler anzubieten, die jetzt aufgrund der Corona-Zeiten Leistungs- und Lerndefizite haben. Die Realität wird zeigen, wie man diese große Ankündigung dann in die Tat umsetzt, wenngleich ich natürlich sage: Auch wir wollen die Mittelschulen stärken. Ob dies der richtige Weg ist? – Gut. Die Realität wird es zeigen.

Nun zu den Wirtschaftsschulen mit dem Beginn bereits in der sechsten Jahrgangsstufe: Viele der Wirtschaftsschulen – das muss man wissen – stehen eigentlich vor dem Aus. Die Zahlen sind gesunken, und dann ist dies eben eine Möglichkeit. In der sechsten Jahrgangsstufe wird möglicherweise der Druck auf die fünfte Jahrgangsstufe noch kommen. Das ist der Wunsch der Wirtschaftsschulen, und es waren die staatlichen Schulen, die geklagt haben, weil sie nicht mit der sechsten Jahrgangsstufe beginnen konnten. Hier haben die Schulen Recht bekommen. Es ist natürlich auch so, dass man nicht mit der sechsten Jahrgangsstufe beginnen muss. Man kann es aber. Insofern wird man sehen: Die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern stimmen "mit den Füßen" ab. Es wird dort sicherlich eine sehr wertvolle Arbeit geleistet, aber da haben wir als SPD immer eine gewisse Vorsicht gehabt. Aber, wie gesagt, die Realität wird es zeigen.

Dann würde ich ganz einfach sagen: In der Summe gibt es kleine Schritte und notwendige Änderungen. Wir werden das in der Realität kritisch, aber gut begleiten und signalisieren heute unsere Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Ich rufe jetzt den Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion auf.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele haben es schon angesprochen: Der Gesetzentwurf ist voller redaktioneller Anpassungen, Klarstellungen und Detailregelungen. Darüber haben wir auch schon an

anderer Stelle ausführlich gesprochen. Deswegen nur zu den wenigen substanziellen Punkten in Kürze:

Erstens. Die M-Kurse in den fünften und sechsten Klassen sind grundsätzlich eine gute Option. Nur heißt das, dass, wenn diese im Rahmen der bestehenden Mittel umgesetzt werden muss, das Angebot an anderer Stelle gekürzt werden muss. Das heißt, um die Mittelschulen wirklich zu stärken, braucht es eigentlich noch viel mehr.

Zweitens. Die Wirtschaftsschule ab der sechsten Klasse ist eigentlich auch nur die Verstetigung einer Reformidee, die die FDP schon in der letzten Regierung mit der CSU, also vor einigen Jahren, mit einem Modellversuch auf den Weg gebracht hat. Hier ist nicht viel Neues dabei. Außerdem steht die Option nach einem Gerichtsentcheid den privaten Anbietern sowieso schon grundsätzlich offen. Nur muss man hier jetzt wirklich sagen: Um die Wirtschaftsschulen mit dem wertvollen Angebot, das sie auch bringen, zu retten, brauchen wir deutlich mehr.

(Beifall bei der FDP)

Gegen die weiteren Punkte, die noch im Gesetzentwurf geregelt werden, auch mit der Ergänzung von Umschülern über das Schulkonto bis hin zur Sprachförderung, gibt es im Grunde nichts einzuwenden. Nur muss ich auch festhalten: Um unser Schulsystem insgesamt attraktiver zu gestalten, braucht es auch hier deutlich mehr.

Abschließend kann ich nur sagen: Die Corona-Krise hat vieles in unserem Schulsystem in Bewegung gesetzt. Die nächsten Monate könnten daher eigentlich eine Chance zur Gestaltung sein. – Ich schaue da auch zum Kultusminister. – Nur wird es dazu deutlich mehr Reformeifer brauchen als das, was hier im Gesetzentwurf vorgelegt ist. Zwar geht alles grundsätzlich in die richtige Richtung, aber es gibt viel mehr, was wir machen könnten. Dazu werden wir als Freie Demokraten nach der Sommerpause einige Vorschläge bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege. – Ich darf nun Herrn Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo das Wort geben. Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ursprünglich hatte ich gerade auch mit Blick auf die Uhr nicht vor, zu sprechen. So war es eigentlich auch abgemacht. Aber ich bin auch davon ausgegangen, dass, wenn wir ein Gesetz einstimmig verabschieden – so war es zumindest in den Ausschüssen –, diejenigen, die reden, dem Gesetz auch zustimmen. Nun ist es aber so gewesen, dass mit Ausnahme des Kollegen Berthold Rüth – vielen Dank – und Eva Gottstein dann doch jeder über verschiedene Themen der Bildungspolitik gesprochen hat und mehr Kritik am Gesetz geübt hat. Insofern erlaube ich mir dann auch noch ein paar Worte dazu.

Wie gesagt, es scheint Zustimmung zu herrschen, jedenfalls war es in den Ausschüssen so. Ich hoffe auch heute auf Zustimmung und will dafür werben. Es ist nicht der Gedanke dieses Gesetzentwurfs, das gesamte Schulsystem zu ändern – das war nicht die Absicht –, sondern ein paar wertvolle Dinge weiterzuentwickeln. Ich habe den Wortmeldungen entnommen, dass das grundsätzlich auf Zustimmung stößt. Andererseits gab es Kritik ohne konkrete Vorschläge. Ich habe keinen einzigen Vorschlag gehört, wie man Mittelschulen über das, was wir jetzt tun, hinaus stärkt. Ich wäre aber auch gerne zu dieser Debatte bereit. Mir liegt es am Herzen, insbesondere denjenigen zu danken, die in den verschiedenen Schularten, um die es geht, ihre Arbeit sehr gut verrichten. Ich möchte als Erstes die Wirtschaftsschulen hervorheben. Es ist schon gesagt worden: Es ist eine starke Schulart. Es ist sicherlich ein Bereich, der nicht bei jedem im Fokus ist; aber es ist sehr gut, dass wir ein so ausdifferenziertes Schulsystem haben. Ich will ganz deutlich sagen: Wenn ich in die weitere Landschaft schaue, dann sehe ich in vielen, ja in den meisten Bundesländern nicht eine solch differenzierte Schullandschaft, sondern dort wird vieles zusammengeworfen, was nicht zusammengehört, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb ist es gut, dass wir ver-

schiedene Schularten haben und sie auch stärken. Es ist gut, dass wir jetzt insbesondere die Wirtschaftsschulen in den Blick genommen haben und ihnen die Möglichkeit geben, schon mit der sechsten Klasse zu beginnen.

Ähnlich ist es – das ergänzt das Ganze sehr bewusst – bei den Mittelschulen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in einigen Jahren mehr Mittelschüler haben werden als heute, weil wir einfach mehr Grundschüler haben, die aufwachsen, und wir übrigens auch in Zeiten von Corona trotz der vielen Unkenrufe aus den Reihen der Opposition sehr stabile Übertrittszahlen haben. Wenn ich die Zahlen von diesem Jahr anschau, erkenne ich sie als sehr vergleichbar mit denen anderer Jahre.

(Zuruf)

– Es ist so, dass wir genau die gleichen Quoten des Übertritts zum Gymnasium, zur Realschule und auch zur Mittelschule haben. Es wurde in den letzten Wochen und Monaten immer anders dargestellt und behauptet, wie schrecklich das alles ist. Die Ergebnisse zeigen, dass wir in den letzten Wochen und Monaten zusammen die Entscheidungen für Schulschließungen und auch für die konkreten Schulöffnungen richtig getroffen haben. Es war richtig – auch das ist von einigen kritisiert worden –, Abschlussprüfungen anzubieten. Ich kann heute nur auf die Ergebnisse des Abiturs verweisen. Es war richtig. Ähnliches gilt auch beim Übertritt.

Insofern bedanke ich mich recht herzlich für die Arbeit, die auch an den Mittelschulen geleistet wird. Das ist nicht immer die leichte Arbeit. Wir, auch ich persönlich, versuchen, die Bedingungen dort durchaus auch in dem Sinne, wie es angesprochen worden ist, zu verbessern. Ich will auch dazu deutlich machen: Ohne die Maßnahmen, die wir Anfang des Jahres eingeleitet haben und die von den vielen Oppositionsparteien abgelehnt wurden, stünden wir im nächsten Schuljahr nicht dort, wo wir stehen: Wir können Lehrerinnen und Lehrer und die Kapazitäten gewinnen.

Mein Dank gilt aber auch ganz besonders – das sei an dieser Stelle ausdrücklich gestattet – den Verwaltungskräften. Sie sind häufig das Herz der Schulen, eine Anlauf-

station für die Schülerinnen und Schüler, aber natürlich auch für die Lehrkräfte. Das Gesetz sieht für sie die eine oder andere Erleichterung vor. Mein Ziel ist es, auch da in den nächsten Jahren weiter für Verstärkung zu sorgen.

Insofern sind diejenigen Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, positiv. Sie setzen an bestimmten Punkten an. Das war auch der Sinn und Zweck dieses Gesetzes, dass es die Zustimmung findet. Wegen der fortgeschrittenen Zeit geschieht das nicht heute, sondern morgen. Ich denke, es geht genauso wie im Bildungsausschuss und im Verfassungsausschuss. Nach den Wortmeldungen gehe ich nicht davon aus, dass es ein anderes Votum gibt.

Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, dass sie den Wert dieses Gesetzes erkannt haben. Ich darf mich recht herzlich für diese Unterstützung bedanken. Ich sage noch mal meinen Dank an die Schulen, die Lehrkräfte und die Verwaltungen und freue mich, dass wir mit einem solchen Gesetz und dem Wort des Präsidenten den ersten Plenartag in dieser Woche abschließen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es ist jetzt 20:04 Uhr. Damit werde ich die Abstimmung heute nicht mehr durchführen lassen. Bevor ich die Sitzung schließe, weise ich darauf hin, dass Sie alle bitte Ihre Unterlagen mitnehmen. Sie wissen, es gibt keine feste Platzzuteilung. Bitte nehmen Sie die Unterlagen nach Hause mit, und bringen Sie sie morgen wieder.

Die Sitzung ist damit geschlossen. Morgen früh ist der Start um 09:00 Uhr. Schönen Abend!

(Schluss: 20:04 Uhr)